

Freiheit und Marktwirtschaft im Gegenwind

Von Gerold Bühler

Alt-Nationalrat und

Präsident Economiesuisse

In den Demokratien dieser Welt steht die Politik in der Pflicht, Freiheit und Wohlfahrt der Bevölkerung zu wahren und zu fördern. Wenn man internationale Vergleiche in Betracht zieht, ist klar, dass Marktwirtschaft und Rechtssicherheit die tragenden Pfeiler zur Erreichung dieser Ziele sind. Ja, Freiheit zahlt sich über die gesellschaftliche und politische Dimension hinaus auch ökonomisch aus. Im jüngsten Bericht «Economic Freedom 2009» werden die positiven Zusammenhänge zwischen Freiheit und wirtschaftlicher Dynamik einmal mehr unmissverständlich aufgezeigt. Die Schweiz befindet sich als einziges westeuropäisches Land zusammen mit Hongkong, Singapur und Neuseeland in der Spitzengruppe. Hinter den gerade in jüngster Zeit publizierten Spitzenplätzen der Schweiz bezüglich Wettbewerbsfähigkeit kommt der freiheitlichen Ordnung zweifellos ein hohes Verdienst zu.

All diesen Erkenntnissen zum Trotz bläst der Marktwirtschaft ein rauher Wind entgegen. Schlüsselemente einer freiheitlichen Ordnung, wie Eigentumsrechte, Verlässlichkeit der Rechtsordnung, ein schlanker Staat und eine geringe Regulierungsdichte, sind seit der grössten Rezession in der Nachkriegszeit in die Defensive geraten. Die Umfrageergebnisse zugunsten der Marktwirtschaft sind beispielsweise in Deutschland arg zurückgegangen.

Es war zwar unbestrittenmassen richtig, dass die Zentralbanken vor allem nach der Lehman-Pleite koordiniert und entschlossen mit einer Liquiditätsausweitung reagiert haben. Und es war letztlich auch unvermeidlich, dass wegen systemischen Risiken im Finanzsystem da und dort massive staatliche Rettungspakete geschnürt wurden. Darüber hinaus sind aber auch vielerorts Mammutkonjunkturprogramme lanciert worden, um die Wirtschaft möglichst rasch wieder anzukurbeln. Der Glaube an die Steuerbarkeit der Märkte hat weit herum grossen Zuspruch gefunden. Ja, der Staat soll es um jeden Preis richten. Hauptsache ist, die Blessuren können so raschmöglichst zugedeckt werden. Die Fragen nach dem Übermorgen standen dabei aber zurück.

Über die Frage der konjunkturellen Nachhaltigkeit solcher Ankurbelungsprogramme hinaus scheint der marktwirtschaftliche Weg – von der breiten Öffentlichkeit noch wenig beachtet – erheblichen Schaden zu nehmen. Und wenn nicht entschlossen genug Gegensteuer gegeben wird, dürfte die Regulierungsdichte über die Finanzakteure hinaus massiv zunehmen und letztlich die wirtschaftliche Dynamik belasten.

Selbstverständlich darf man die systemischen Risiken der Grossbanken mit Bilanzsummen eines Mehrfachen des Bruttoinlandprodukts nicht auf die leichte Schulter nehmen. Insofern sind die eingeleiteten Schritte, um die Eigenmittel und Liquiditätspuffer zu stärken, zu begrüßen. Wir tun jedoch gut daran, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Gerade der Wirtschaftsstandort Schweiz ist ganz erheblich von den grossen multinationalen Unternehmen im Finanz- und Industriebereich abhängig. Eine einseitige, übermässige und undifferenzierte Beschränkung der Handelsspielräume würde zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und somit an Wachstum und Beschäftigung führen. Und ein solcher Verlust an Standortattraktivität würde mit Blick auf die abertausend Zulieferbetriebe letztlich die ganze Wirtschaft erfassen. Gerade das Beispiel der USA macht deutlich, dass über die Regulierung hinaus auf der Unternehmensebene vielmehr die Risikokultur und ethische Werte wieder eine Schlüsselrolle spielen müssen.

Bei allem Verständnis für gesetzliche Regulierungen gibt es keine Alternative zu einer Stärkung des Vertrauens und einem liberalen, flexiblen Gesellschaftsrecht. Zahlreiche Länder laufen gegenwärtig Gefahr, diesen hohen Wert mit einem Regulierungsdickicht zu belasten. Im Zusammenhang mit der Revision des Aktienrechts sollte gerade die Schweiz sicherstellen, dass bei allem Verständnis für den Schutz der Aktionäre und die Förderung von Transparenz die Beweglichkeit der Unternehmen nicht durch ein enges Korsett eingeschnürt wird.

Die jüngsten, massiven Staatsinterventionen bedrohen aber auch auf der internationalen Ebene die freiheitliche Ordnung. Im Zusammenhang mit dem massiven Einsatz von Steuergeldern werden protektion-

nistische Tendenzen immer offenkundiger. Die Verwendung von Steuergeldern hat da und dort den Hang zu «Buy-at-home»-Klauseln verstärkt. Die Barrieren im internationalen Handel und bei den Direktinvestitionen werden wieder höher. Allein schon die steigende Zahl von Schiedsgerichtverfahren im Rahmen der WTO belegt diese Entwicklung. Mit dem Bau von Schutzwällen ist aber niemandem gedient.

Das Prinzip Wettbewerb darf aber auch bei den Steuern nicht halt machen. Die massive Bedrohung des Steuerwettbewerbs durch die Hochsteuerländer ist eine gravierende Entwicklung. Ins gleiche Kapitel gehört die Erschwerung des grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäfts. Wird diesen Tendenzen nicht mehr Widerstand entgegengesetzt, drohen elementare Bausteine einer freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Ordnung einzubrechen. Ein unrühmliches Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Druck der EU auf die Steuersouveränität der Schweiz. Mit einer solchen, den Wettbewerb mit Füßen tretenden Politik wäre letztlich niemandem, auch Europa nicht gedient. Die Gefahr ist nämlich erheblich, dass Arbeitsplätze und Steuersubstrat aus Europa hinaus vertrieben würden.

Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass die Marktwirtschaft unabdingbar ist, um auf längere Sicht Wachstum und Wohlfahrt zu generieren. Es ist daher an der Zeit, dass die marktwirtschaftlichen Kräfte aus der Deckung heraustreten. Dabei ist klar, dass auch seitens der Wirtschaft, insbesondere der Finanzwirtschaft, ein Beitrag geleistet werden muss. Nach einzelnen Exzessen in der Finanzbranche bleibt die Rückgewinnung des Vertrauens oberste Priorität.

Die Öffentlichkeit muss spüren, dass Freiheit und Marktwirtschaft nicht mit Zügellosigkeit gleichzusetzen sind. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der unternehmerischen Freiheit, eine langfristige Ausrichtung in den Unternehmen sowie das Bewusstsein um die gewachsenen gesellschaftlichen Werte sind zentrale Voraussetzungen, um die Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Weges gegenüber der Allmacht des Staates wieder zu stärken.

www.economiesuisse.ch ●